



Bundestag wählt Angela Merkel zur Kanzlerin Koalitionsvertrag bereits am Montag unterschrieben



Angela Merkel ist erneut zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Bei der Wahl im Bundestag erhielt die CDU-Vorsitzende die Stimmen von 364 Abgeordneten und damit die erforderliche Kanzlermehrheit für eine vierte Amtszeit.

Nach der Ernennung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wurde die Kanzlerin im Parlament vereidigt. Knapp ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl kann damit die neue Koalition aus CDU, CSU und SPD die Arbeit aufnehmen. Nachdem sie ihre Ernennungsurkunde erhalten hatte, leistete die bisherige und neue Bundeskanzlerin im Bundestag ihren Eid auf die Verfassung.

Für die Amtszeit gab Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ihr alle guten Wünsche mit auf den Weg. Zu ihrer Wiederwahl hatte Merkel von den Abgeordneten am Vormittag bereits Blumen, Glückwünsche und langanhaltenden Applaus bekommen. Am Nachmittag erhielten auch die 15 Minister ihre Ernennungsurkunde vom Bundespräsidenten. Von Seiten der Union wurden neun Minister ernannt: CSU-Chef Horst Seehofer wird Innenminister mit der zusätzlichen Zuständigkeit für Bauen und Heimat. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übernimmt Peter Altmaier, der in der letzten Wahlperiode Chef des Kanzleramts war. In ihren Ämtern bleiben Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der Minister für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller. Die CDU-Fraktionschefin im rheinland-pfälzischen Landtag, Julia Klöckner, wird Ministerin für Ernährung und Landwirtschaft, der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jens Spahn, Gesundheitsminister, CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur und die Fraktionsgeschäftsführerin Anja Karliczek aus Nordrhein-Westfalen Ministerin für Bildung und Forschung. Schließlich steigt der bisherige Staatsminister im Kanzleramt, Helge Braun, zum Chef des Kanzleramts auf.

Die neue Bundesregierung muss nun den Haushalt für das laufende Jahr 2018 verabschieden, der die Voraussetzung für die Umsetzung vieler weiterer Vorhaben ist. Mit dem Budget werde die neue Bundesregierung demonstrieren, dass es bei der schwarzen Null bleibt. Die solide Haushaltspolitik der vergangenen Legislaturperiode wird fortgesetzt. Weitere dringliche Projekte für die Union sind die Ankurbelung des Wohnungsbaus und die Einführung eines Baukindergeldes für junge Familien. Darüber hinaus gibt es zwei große Themen, die die Koalition in dieser Wahlperiode angehen muss: die Digitalisierung sowie die Bildung. So ist der Glasfaserausbau für die Wirtschaft, aber auch für die Gesellschaft unabdinglich. Und spätestens in drei Jahren will die Koalition alle Schulen am Netz haben.

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Tobias Koch

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



in dieser Woche haben wir die neue Bundesregierung auf den Weg gebracht. Nachdem am Montag im feierlichen Rahmen der Koalitionsvertrag unterschrieben worden war, konnte Angela

Merkel am Mittwoch zum nunmehr vierten Male zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden. Knapp sechs Monate sind seit der Bundestagswahl vergangen und die Bürgerinnen und Bürger verlangen zu Recht, dass es endlich losgeht. Auch ich freue mich sehr auf die anstehenden Projekte, denn der Koalitionsvertrag beinhaltet viele gute Ansätze, die unser Land weiter voranbringen werden. Diese gilt es jetzt umzusetzen! In den vergangenen Wochen habe ich Ihnen an dieser Stelle über die aktuellen Bestrebungen der Fraktionen von FDP, Bündnis Grünen und der Linken zur Änderung bzw. Modifizierung des Verbots der Schwangerschaftsabbruchwerbung berichtet. Dass unser alter und neuer Koalitionspartner in der Folge ebenfalls einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht hat, der die Aufhebung des in § 219a Strafgesetzbuch (StGB) verankerten Werbeverbots vorsah, war für mich ein Unding, denn das Verbot nach § § 219a StGB ist ein wichtiger Teil des gut austarierten Kompromisses zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens und der Not ungewollt schwangerer Frauen. Werbung für ein Geschäft zur Tötung ungeborenen Lebens lehne ich kategorisch ab und deshalb begrüße ich sehr, dass die Sozialdemokraten zu einem Einlenken gekommen sind und ihren Antrag nicht zur Abstimmung stellen werden. Alles andere wäre auch keine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gewesen!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Besuch des Kopernikus-Gymnasiums Neubeckum
- Meinungsaustausch mit dem Malteser Hilfsdienst zum Thema "Pflege im Wandel"
- Gesprächstermine mit dem Verband der Ingenieure für Kommunikation (IfKom) e. V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung (BAG SB)
- Sitzung der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe
- Meinungsaustausch mit Vertretern der Lebenshilfe

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Russland muss bei der Aufklärung des Giftgas-Anschlags kooperieren

Nervengift wurde in der Sowjetunion entwickelt – Großbritannien genießt unsere Solidarität



Im Fall des Giftgasanschlags auf den russischen Ex-Doppelagenten Skripal und seine Tochter weist die britische Regierung Russland eine Mitverantwortung zu. Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Wir verurteilen den Giftgas-Anschlag auf den ehemaligen russischen Doppelagenten und seine Tochter im englischen Salisbury aufs Schärfste. Giftgas wird zu Recht von der Weltgemeinschaft geächtet.“

Damit die Umstände des Anschlags lückenlos aufgeklärt werden können, erwarten wir die vollständige Kooperation von Seiten Russlands. Moskau trägt schon allein deshalb eine besondere Verantwortung für die Sicherung des Nervengiftes, weil dieses in der ehemaligen Sowjetunion entwickelt und hergestellt wurde. Da der Stoff zu den tödlichsten Nervenkampfstoffen überhaupt gehört, darf er keinesfalls in falsche Hände gelangen. Falls dies doch passiert sein sollte, muss Russland auch hierfür Verantwortung übernehmen.

Angesichts des Tathergangs und der Art des eingesetzten Giftgases ist die Mutmaßung der britischen Premierministerin May, dass Russland auf die ein oder andere Weise involviert ist, nachvollziehbar. Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass Russland direkt für den Anschlag verantwortlich ist, sind Konsequenzen unerlässlich. In diesem Fall sollten Deutschland und die EU fest an der Seite Großbritanniens stehen. Als enger Verbündeter genießt das Vereinigte Königreich unsere uneingeschränkte Solidarität.“

Foto: Katja-Julia Fischer

Strafzölle der USA sind keine Lösung

Die von Donald Trump verhängten Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte lösen international Unmut aus. Länderübergreifend warnen Spitzenpolitiker nun vor einem drohenden Handelskrieg mit unbekanntem Folgen für Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand. Die Aktienmärkte reagierten prompt nach Verkündung des Vorhabens: Weltweit verloren die Indizes deutlich – auch in den USA.

Dabei sind nach Auffassung der Union einseitige Handelsbeschränkungen oder Strafzölle die falsche Antwort auf die Herausforderungen des globalen Handelssystems. Denn nicht nur Deutschland und Europa, sondern auch die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich vom freien Welthandel profitiert. Man muss daher alles tun, um einen Handelskrieg zu vermeiden. Denn dadurch werden am Ende alle verlieren.

Auch der Transatlantik-Beauftragte der Bundesregierung, Jürgen Hardt, sieht das Vorgehen Trumps als "Schlag für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen". Am Ende werde es nur Verlierer geben – auch in den USA, warnte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion.

Es gilt nun, den USA deutlich zu machen, dass die EU zu schmerzhaften Gegenmaßnahmen in der Lage ist. Wichtig ist deshalb, nun umgehend Maßnahmen zum Schutz der Industrie vorzubereiten, damit Stahl und Aluminium aus anderen Regionen, die von den US-Zöllen betroffen sind, nicht in den europäischen Markt gedrückt werden.

Ziel der US-Administration ist es offenbar, mit einseitigen Strafzöllen einen Dominoeffekt in Gang zu setzen. Indem chinesische und andere Importe durch die US-Strafzölle nach Europa umgeleitet würden, solle die EU offenbar gezwungen werden, ihrerseits neue Handelsbarrieren aufzurichten. Dieses Spiel kann Europa nicht mitspielen, denn dies gefährdet die Stabilität des globalen Handelssystems und damit Wachstum und Wohlstand weltweit, nicht nur in Europa, sondern auch in den USA.

Trump hatte Zölle von 25 Prozent auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium angekündigt, um die heimische Industrie zu schützen. Die durchschnittlichen US-EU-Zölle liegen deutlich darunter. Die EU-Kommission hat als Reaktion für den Fall von Strafzöllen der Amerikaner eine Liste mit US-Produkten parat, deren Import erschwert werden könnte.

Impressum:

Ausgabe Nr. 05/2018,
15. März 2018

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck